

Hoffnung auf die Wirtschaftswende

Der Wirtschaftsrat der CDU erhöht den Druck auf Kanzlerkandidat Friedrich Merz. Die Unternehmer verlangen von der Union nicht weniger als einen „grundlegenden Politikwechsel“

VON DOROTHEA SIEMS

Die Spitzenleute der deutschen Wirtschaft haben sich in der Vergangenheit in aller Regel öffentlich politisch zurückgehalten. Doch im aktuellen Wahlkampf ist alles anders. Angesichts der längsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesregierung haben nicht nur große Verbände, sondern auch prominente Unternehmer und Konzernchefs ihre Zurückhaltung aufgegeben und ihre Präferenz für einen Machtwechsel publik gemacht.

Auf Demonstrationen wie dem ersten bundesweiten „Wirtschaftswarntag“, in Interviews oder mit Anzeigenkampagnen werben Unternehmenslenker für eine „echte Wirtschaftswende“, um Deutschlands Abstieg zu beenden. Viele Chefs warnen zudem ihre eigenen Mitarbeiter davor, die AfD zu wählen und damit nicht nur dem politischen Klima, sondern auch dem Produktionsstandort zu schaden. Sollte CDU-Spitzenkandidat Friedrich Merz die nächste Bundesregierung anführen, steht er allerdings unter einem enormen Erwartungsdruck. Dies zeigt

eine aktuelle Umfrage, des CDU-Wirtschaftsrats. Die Mitglieder der parteinahen Vereinigung von Managern und Unternehmern dringen auf weitreichende Standortverbesserungen. So fordern jeweils mehr als 90 Prozent eine „wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung“, eine Entbürokratisierung und Beschleunigung der Verwaltung sowie eine günstige und sichere Energieversorgung.

Darüber hinaus sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt künftig stärker auf Wachstumsimpulse ausgerichtet werden – aber ohne dafür die Haushaltsdisziplin

aufzugeben, wie SPD oder Grüne propagieren, die beide für eine Lockerung der Schuldenbremse kämpfen. Derzeit entfällt der Löwenanteil der staatlichen Ausgaben auf Soziales und Personalkosten. Hier sehen Union und FDP durchaus Einsparpotenzial, etwa beim Bürgergeld. „Deutschlands Unternehmertum fordert einen grundlegenden Politikwechsel“, betont der Generalsekretär der unionsnahen Vereinigung, Wolfgang Steiger: „Mit der Bundestagswahl verbinden sich große Hoffnungen, das ist Chance und Verpflichtung zugleich.“ Allerdings wird Merz selbst bei einem Wahlsieg bei der bevorstehenden Bundestagswahl voraussichtlich mit der SPD oder den Grünen, möglicherweise gar mit beiden koalieren müssen.

Ein Politikwechsel wird somit schwierig. Denn diese beiden potenziellen Koalitionspartner wollen ihren in der Ampel-Koalition eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzen. Die Mehrheit im CDU-Wirtschaftsrat lehnt laut Umfrage den von SPD und Grünen verfolgten Weg ab, mit staatlichen Milliarden-Subventionen ausgewählte Branchen wie etwa die Stahl- oder die Chipindustrie zu fördern. Auch eine Priorisierung von Klimaschutzzielen halten knapp 60 Prozent nicht für geeignet, um Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

Bei der Bewertung des wirtschaftspolitischen Profils der Parteien liegen somit beim Wirtschaftsrat erwartungsgemäß wieder Union und FDP weit vor den politischen Wettbewerbern. Vor der letzten Bundestagswahl 2021 hatten die Liberalen mit 82 Prozent einen Vorsprung vor CDU/CSU, die damals nach 16 Merkel-

Jahren nur auf 66 Prozent kamen. Unter Parteichef Merz liegt die Union nun mit 88 Prozent auf Platz eins, während die FDP jetzt auf 79 Prozent kommt. Die

Grünen erzielten 2022 mit 25 Prozent ihren bisherigen Höchstwert und sind nun auf sieben Prozent abgestürzt. Die SPD kommt auf sechs Prozent. Im Aufwind ist dagegen die AfD, der immerhin von fast jedem fünften Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats ein gutes Wirtschaftsprofil bescheinigt wird. Merz hat allerdings eine Koalition und jede Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten ausgeschlossen.

Nicht nur Mittelständler und Manager treibt die anhaltend schlechte Lage der Wirtschaft um. Auch die große Mehrheit der Wähler insgesamt befürchtet, dass Deutschland international nicht mehr mithalten kann. Und laut einer Umfrage den Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presseagentur wünschen sich 77 Prozent der erwachsenen Deutschen große oder sogar sehr große Änderungen in der Wirtschaftspolitik. Jedoch rechnen lediglich 36 Prozent der Wähler damit, dass dies nach der am kommenden Sonntag stattfindenden Bundestagswahl der Fall sein wird.

Dass die nächste Bundesregierung vor gewaltigen Aufgaben steht, betonen auch Deutschlands führende Ökonomen. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher attestierte dem Land jüngst beim diesjährigen „Leibniz-Gipfel“ der namhaften Forschungsinstitute „eine mentale Depression“, die schwer auf der Wirtschaft lastet. Die künftige Bundesregierung brauche Mut, denn es müssten

Besitzstände abgebaut und ein gewisses Maß an Deindustrialisierung als Folge des nötigen Strukturwandels hingenommen werden.

Ifo-Chef Clemens Fuest wies darauf hin, dass sich mit dem angekündigten Rückzug der Amerikaner aus Europa die ohnehin große Unsicherheit jetzt noch explosionsartig vergrößert habe. Eine massive und dauerhafte Erhöhung des Verteidigungsetats sei unabdingbar. „Dafür müssen durch Umschichtungen im Haushalt finanzielle Spielräume geschaffen werden“, betonte Fuest. Möglicherweise werde man zwar auch bei der Schuldenbremse etwas flexibler sein können. Es wäre aber unverantwortlich, die Mehrausgaben ausschließlich über

mehr Schulden zu finanzieren, unterstrich Fuest: „Wir werden im Haushalt auch Einsparungen vornehmen müssen.“

Die Frage ist, ob die Politik und auch die Bevölkerung zu einem solchen Politikwechsel bereit ist. Der Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Raint Gropp, hält Deutschland nur dann für fähig, die notwendigen, vielfach unpopulären Reformen durchzuführen, wenn der allgemeine Leidensdruck groß genug sei. Dies sei nach der Jahrtausendwende der Fall gewesen, als die Arbeitslosigkeit in Richtung fünf Millionen Erwerbslose anstieg. Die Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) sei deshalb politisch durchsetzbar gewesen.

Der Ökonom hofft, dass heute die verbreitete und seiner Ansicht nach berechtigte Angst vor einem weiteren Erstarken der AfD für ausreichenden Leidensdruck Sorge. Vor 20 Jahren, als Deutschland schon einmal wegen schlechter Wirtschaftsdaten als der „kranke Mann Europas“ galt, sorgte vor allem die Massenarbeitslosigkeit für Leidensdruck und damit für die nötige Reformbereitschaft. Doch derzeit ist die Arbeitslosigkeit trotz der Pleitewelle und der in einigen Konzernen angekündigten Massenentlassungen offensichtlich nach wie vor für die meisten Menschen noch keine so große Bedrohung, dass man Abstriche etwa bei Sozialleistungen hinnehmen würde.



Wie ernst meint er es mit Wirtschaftsreformen? Der Erwartungsdruck aus parteinahen Kreisen auf Kanzlerkandidat Friedrich Merz wächst